



## Stellungnahme des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zum DEval-Bericht: „Abwassermanagement in Provinzstädten in Vietnam“

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) begrüßt den vom Deutschen Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) vorgelegten Bericht zum Abwassermanagement in Provinzstädten in Vietnam. Die Evaluierung wurde auf Vorschlag des verantwortlichen Regionalreferats in das DEval Evaluierungsprogramm aufgenommen.

Die erfolgreiche Umsetzung von Maßnahmen des Abwassermanagements ist von hoher entwicklungspolitischer Bedeutung: 80 Prozent der Abwässer weltweit werden nicht geklärt. Dies hat eine gravierende Verschmutzung von Wasserressourcen zur Folge, mit den damit einhergehenden Auswirkungen auf unzureichenden Zugang zu sauberem Trinkwasser, der Verbreitung von Krankheitserregern und der Gefährdung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Der Aufbau und Betrieb städtischer Abwasser- und Klärsysteme ist ein wesentliches Element in der nachhaltigen Bewirtschaftung der Wasserressourcen. Dabei handelt es sich zumeist um komplexe Infrastrukturmaßnahmen, die ein systematisches Zusammenwirken von technischer und finanzieller Zusammenarbeit erfordern.

### Relevanz der Ergebnisse

Das institutionelle Zusammenspiel zwischen BMZ und Durchführungsorganisationen (hier insb. Kreditanstalt für Wiederaufbau, KfW und Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, GIZ) sowie den Partnerinstitutionen ist für die effektive und effiziente Umsetzung solcher Infrastrukturmaßnahmen daher generell von großer Bedeutung. Die Ergebnisse dieser Evaluierung, die sich auf diese

Fragestellung konzentriert, besitzen insofern hohe Relevanz für das BMZ.

Im Falle der Maßnahmen zum Abwassermanagement in Vietnam hat das BMZ erhebliche Umsetzungsverzögerungen festgestellt, die sich signifikant auf den Gesamterfolg des Engagements auswirken. Es war dem BMZ daher ein wichtiges Anliegen im Rahmen der vorliegenden Evaluierung die Verzögerungszusammenhänge systematisch zu erfassen und Hinweise zu erhalten, inwiefern über eine verbesserte politische Steuerung eine beschleunigte, effiziente Umsetzung solcher Maßnahmen erreicht werden kann.

Die Ergebnisse der Evaluierung werden nun intern sowie mit den Durchführungsorganisationen aufgearbeitet, um notwendige Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen.

### Schlussfolgerungen

Zentrale Schlussfolgerungen des BMZ aus diesen Evaluierungen sind:

- Die Evaluierung verdeutlicht, dass die eingetretenen Verzögerungen vor allem kontextspezifisch durch das komplexe und dynamische regulatorische und städtebauliche Umfeld in Vietnam begründet sind.
- Das BMZ stimmt zu, dass im Rahmen des politischen Dialogs nur unzureichend auf diese Verzögerungen reagiert werden konnte. Das BMZ hat daher umgehend auf die Empfehlungen der Evaluierung reagiert, indem Kommunikationsstrukturen verbessert und eine engmaschigere Strategie zum Umgang mit Verzögerungen im hier evaluierten Abwasserprogramm mit den Durchführungsorganisationen vereinbart wurden:

Sektorgespräche zwischen BMZ und Durchführungsorganisationen finden inzwischen in kurzen Zeitabständen statt. Hiermit geht das BMZ über die Empfehlung des Berichts hinaus. Das Abwasserprogramm wird inzwischen im Rahmen des Politikdialoges bei Regierungsverhandlungen und -Konsultationen explizit als Tagesordnungspunkt diskutiert, darüber hinaus wurde ein laufender politischer Dialog im Schriftverfahren über Umsetzungsfortschritte vom BMZ initiiert. Die in laufenden Schwerpunkten eingehaltene enge Einbindung der Referentinnen und -referenten für wirtschaftliche Zusammenarbeit an der Botschaft wird auch in auslaufenden Schwerpunkten (Abwasser, Gesundheit) künftig wieder intensiviert.

- Die Notwendigkeit der Erhöhung der Aussagekraft von Planungs- und Berichtsdokumenten der Durchführungsorganisationen für die politische Steuerung komplexer und anspruchsvoller Infrastrukturmaßnahmen ist eine zentrale Aussage, der das BMZ durch Anpassungen von Vorschriften im Rahmen einer Verfahrensreform bereits Rechnung getragen hat. Die hier vorgesehene frühzeitige Einbindung des BMZ im Planungsstadium und die detailliertere Berichterstattung bieten verbesserte Möglichkeiten zur Klärung eventueller Umsetzungsrisiken und Reaktionsmöglichkeiten der politischen Steuerung. Die Einbindung von Sektorreferaten zur fachlichen Beurteilung von Einzelmaßnahmen ist an dieser Stelle ebenfalls vorgesehen. Eine darüber hinausgehende systematische Einbindung der Sektorreferate in Prüfung und Steuerung von Maßnahmen auf Länderebene ist angesichts bestehender Ressourcen nicht darstellbar und entspricht nicht der grundsätzlichen Trennung zwischen politischer Steuerung und Durchführung. In problematischen Einzelfällen bietet es sich allerdings an, künftig eine engere Abstimmung zwischen Sektor- und Länderbereich sicherzustellen. Im vorliegenden Fall wird hiervon ebenfalls künftig intensiver Gebrauch gemacht. Darüber hinaus können auch die von der Evaluierung empfohlenen Zwischenevaluierungen sinnvoll sein. In Abhängigkeit von der Komplexität

der Maßnahmen wäre dies jedoch jeweils im Einzelfall zu prüfen.

- Der vorliegende Fall verdeutlicht, dass die Umsetzung von TZ- und FZ-Maßnahmen, bei denen die TZ unmittelbar von der Erbringung der FZ-Leistung abhängig ist, herausfordernd sein kann. Gerade im Kontext von gemeinsamen Programmen, die komplexe Infrastrukturmaßnahmen beinhalten, sollte daher künftig genau geprüft werden, inwiefern eine unmittelbare Abhängigkeit der jeweiligen Maßnahmen voneinander besteht und zugelassen werden sollte. Grundsätzlich wird jedoch die Bildung gemeinsamer Programme durch technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht in Frage gestellt, da gerade durch diese die „Entwicklungszusammenarbeit aus einem Guss“ entsteht. Die kohärente Umsetzung wird durch ineinandergreifende Maßnahmen ermöglicht. Nachhaltigkeit, Effizienz und Wirksamkeit werden dadurch im Regelfall erhöht. Auch im vorliegenden Fall werden die TZ-Bestandteile des gemeinsamen Programms, die keine anlagennahen Ausbildungen beinhalten, von der Evaluierung als erfolgreich bewertet. Das BMZ wird allerdings für die anlagennahen Maßnahmen, die aufgrund des Auslaufens der TZ-Maßnahme nicht mehr bereitgestellt werden können, prüfen, ob eine Bereitstellung aus FZ-Mitteln als Begleitmaßnahme sinnvoll sein kann.
- Die Empfehlung, Länderreferentinnen und -referenten mehr und längere Dienstreisen zu ermöglichen, wird zur Kenntnis genommen. Die Möglichkeiten für Besuche von Projektstandorten und für den Dialog mit Entscheidungsträgern wird bereits im Rahmen von Regierungsverhandlungen und -konsultationen wahrgenommen, darüber hinaus nehmen die WZ-Referentinnen und -referenten eine zentrale Rolle in der politischen Begleitung der Maßnahmen vor Ort ein. Ob vermehrte Dienstreisen durch die Länderreferentinnen und -referenten zu einer Erhöhung der politischen Steuerungsfähigkeit führen, muss auch gegen Fragen der Wirtschaftlichkeit abgewogen werden.